

Amtsausschuss Büchen

Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses des Amtes Büchen

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungsausschusses des Amtes Büchen am Dienstag, den 24.05.2022; Sitzungssaal des Bürgerhauses, Amtsplatz 1 in 21514 Büchen

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

Anwesend waren:

stellv. Vorsitzender/Gemeindevertreter

Melsbach, Thorsten

Bürgermeister

Gabriel, Dennis

Koring, Stefan

Gemeindevertreter

Lempges, Jürgen

Pigorsch, Willi

Gäste

Kischkat, Hanno

Schmidt, Florian

von Bülow, Ilisabe

Voß, Martin

Verwaltung

Möller, Uwe

Schriftführerin

Volkening, Tanja

Abwesend waren:

Vorsitzender

Borchers, Jürgen

Bürgermeister

Dehr, Detlef

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Beschlussfassung über nichtöffentliche Sitzungsteile
- 3) Bekanntgabe des Beschlusses aus nichtöffentlicher Sitzung
- 4) Niederschrift der letzten Sitzung
- 5) Einwohnerfragestunde
- 6) Aufhebung des Amtsvertrages
- 7) 1. Nachtragshaushaltssatzung und -plan 2022
- 8) Verschiedenes

Tagesordnungspunkte

Öffentlicher Teil

1) **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Melsbach eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen und der Ausschuss beschlussfähig ist. Herr Borchers und Herr Dehr sind für die heutige Sitzung entschuldigt. Die Tagesordnung wird einvernehmlich um den Punkt Personalangelegenheiten erweitert.

2) **Beschlussfassung über nichtöffentliche Sitzungsteile**

Herr Melsbach beantragt, die Tagesordnungspunkte Grundstücksangelegenheiten und Personalangelegenheiten in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Beschluss

Der Verwaltungsausschuss des Amtes beschließt, die Tagesordnungspunkte Grundstücksangelegenheiten und Personalangelegenheiten in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Abstimmung: Ja: 5 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

3) **Bekanntgabe des Beschlusses aus nichtöffentlicher Sitzung**

Herr Melsbach berichtet, dass der Verwaltungsausschuss des Amtes in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung einen Erbbaurechtsvertrag mit der Kirche verlängert hat.

4) **Niederschrift der letzten Sitzung**

Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung erheben sich keine Einwände.

5) **Einwohnerfragestunde**

Ein Bürger aus der Gemeinde Güster schlägt vor, die Unterbringung von Flüchtlingen im Dorfgemeinschaftshaus der Gemeinde Güster auszuweiten. Herr Pi-gorsch verstärkt diesen Ansatz und bittet die Verwaltung, der Gemeinde Güster eine Mietkalkulation zur weiteren Beratung zur Verfügung zu stellen.

6) **Aufhebung des Amtsvertrages**

Auf Bestreben der Bürgermeister des Amtes Büchen hat sich eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Gemeindevertretung Büchen und Bürgermeistern des Amtes gebildet, um über die Auflösung des Amtsvertrages zu beraten.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich darauf verständigt, den Amtsvertrag zum 31.12.2023 aufzuheben. Die Verwaltung wird ab dem 01.01.2024 durch einen Amtsdirektor/eine Amtsdirektorin geleitet. Die Position wird öffentlich ausgeschrieben.

Es wurden Regelungen zum Arbeitgeberwechsel für die Verwaltungsmitarbeiter getroffen. Die Beschäftigten der Gemeinde Büchen, die in gemeindlichen Einrichtungen tätig sind, verbleiben im Arbeitsverhältnis mit der Gemeinde Büchen.

Weiter wurden Festlegungen zu den Ausschüssen des Amtes getroffen, die in die Hauptsatzung des Amtes aufgenommen werden.

Das Bürgerhaus bleibt Amtssitz des/der Büchener Bürgermeisters/Bürgermeisterin. Es werden entsprechende Büroräume zur Verfügung gestellt.

Herr Pigorsch hält die vorliegenden Unterlagen nicht ausreichend für eine Entscheidung. Er bittet um ein Organigramm und eine Kosten- Nutzenanalyse.

Herr Voß erläutert, dass die Kosten auf der Informationsveranstaltung für den Amtsausschuss bereits vorgestellt wurden. Die Arbeitsgruppe wurde beauftragt, die Entscheidung vorzubereiten und hat eine Empfehlung ausgesprochen.

Herr Lempges schlägt vor, die Entscheidung zu vertagen und zunächst gemeinsam die neue Hauptsatzung des Amtes zu erarbeiten. Die Neufassung der Hauptsatzung sollte ausgiebig im Verwaltungsausschuss beraten werden. Herr Möller plädiert dafür, den abgestimmten Zeitplan einzuhalten. Die Hauptsatzung wird dem Verwaltungsausschuss noch in diesem Jahr zur Beratung vorgelegt.

Beschluss

Der Amtsvertrag wird zum 31.12.2023 aufgehoben und eine Regelungsabrede zur Aufhebung des Amtsvertrages geschlossen. Eine Neufassung der Hauptsatzung wird in diesem Jahr angestrebt.

Abstimmung: Ja: 3 Nein: 0 Enthaltung: 2

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

7) **1. Nachtragshaushaltssatzung und -plan 2022**

Herr Möller stellt die Veränderungen im 1. Nachtragshaushalt vor. Mit dem Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung und des 1. Nachtragshaushaltsplanes werden die bisher aufgelaufenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben durch Minderungen bzw. durch Mehreinnahmen gedeckt.

Verwaltungshaushalt

Mehrausgaben ergaben sich vor allem im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Eine Ansatzserhöhung um 700.000 EUR ergab sich beim Zuschuss an die Kirchengemeinden für alle Kindergärten. Dem stehen höhere Mieten für die Kindertagesstätten (+97.600 EUR) sowie höhere SQKM Einnahme (+150.000 EUR) gegenüber.

Ausgeglichen werden diese Kosten durch eine um 464.600 EUR höhere Sonderumlage Kindergärten.

Zusätzlich ergaben sich Mehrausgaben bei den Mieten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Höhe von 120.000 EUR, für den Abriss des Gebäudes im „Breslauer Ring 9“ von 30.300 EUR, für zusätzliche Bestattungskosten (7.500 EUR) und für die Unterhaltungskosten sowie den Erwerb von Sachgegenständen im Bereich der Flüchtlingshilfe von insgesamt 15.500 EUR. Des Weiteren fand eine Anpassung des Ansatzes für den Betreuungsvertrags der AWO statt (+7.300 EUR).

Mehreinnahmen entstanden durch eine höhere Integrationskostenpauschale für die Flüchtlingshilfe (+30.000 EUR), durch den Eingang von Spenden für die Ukraine-Flüchtlinge von insgesamt 12.500 EUR, durch zusätzliche Erstattungen in den Bereichen „Bestattungswesen“ und „Obdachlosen- und Asylunterkünften“ (+15.000 EUR) sowie durch höhere Benutzungsgebühren für die Flüchtlingsunterkünfte in der Bahnhofstraße (+11.100 EUR). Des Weiteren fallen die Einnahmen durch die Amtsumlage aufgrund der im Rahmen der Festsetzung des kommunalen Finanzausgleichs gestiegenen Finanzkraft um 57.600 EUR höher aus als bisher geplant.

Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt ergeben sich Ansatzserhöhungen u.a. für die Anschaffung der Containeranlagen in Höhe von 286.700 EUR sowie für die Erwerb der Grundstücke in Müssen und Gudow (304.800 EUR). Zur Finanzierung ist die Aufnahme eines KFW-Förderdarlehens geplant. Zusätzlich sind Mittel für die Planungskosten des Neubaus im Breslauer Ring 9“ von 25.000 EUR in den Nachtragshaushalt eingestellt worden.

Im Ergebnis kann folgendes festgestellt werden:

- Der allgemeinen Rücklage werden 71.500 EUR mehr als bisher geplant entnommen
- Die Höhe der Amtsumlage beträgt weiterhin 17,5%
- Die Sonderumlage Kita erhöht sich um 464.600 EUR.

Beschluss

Der Amtsausschuss beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 und den vorgeschriebenen Anlagen in der vorgelegten Fassung.

Abstimmung: Ja: 5 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

8) Verschiedenes

Herr Möller berichtet von der aktuellen Flüchtlingssituation. Derzeit sind ca. 140 ukrainische Flüchtlinge im Amtsgebiet untergebracht. Sprachkurse haben begonnen und eine Kleiderkammer wurde im ehemaligen Bekleidungsgeschäft Schütt eingerichtet.

.....
Thorsten Melsbach
Vorsitzender

.....
Tanja Volkening
Schriftführung